

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 646-48 ppbn d



Inhalt

Hans-Jürgen Augstein MdB unterstreicht den hohen Stellenwert der DDR-Forschung.

Seite 1 bis 3

Karl Schneider, hessischer SPD-Fraktionsvorsitzender, mißt der bevorstehenden Landtagswahl bundespolitische Bedeutung zu.

Seite 4/5

Horst Seefeld MdB plädiert nachdrücklich für eine baldige EG-Erweiterung.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 130

11. Juli 1978

Kluft zwischen Analyse und Empfehlungen

Zum Gutachten über den Stand der DDR-Forschung und der vergleichenden Deutschland-Forschung

Von Hans-Jürgen Augstein MdB
Berichterstatler des Haushaltsausschusses für das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

Seit einiger Zeit bereits liegt das vor drei Jahren in Auftrag gegebene Gutachten vor, das der Arbeitskreis für vergleichende Deutschland-Forschung unter der Leitung des Münchner Soziologen Prof. Ludz für eine runde halbe Million DM erarbeitet hat. Schon dieser Beitrag macht deutlich, wie wichtig die wissenschaftliche Beschäftigung mit der DDR genommen wird. Wie in den Jahren bisher steht 1978 für die Forschungsförderung in diesem Bereich wieder eine beachtliche Summe zur Verfügung, nämlich 2,8 Millionen DM. Bonn tut also schon einiges.

Das macht auch das umfangreiche Gutachten deutlich, auf immerhin 1.228 Seiten. Die "Ergebnisse und Empfehlungen", dem eigentlichen Gutachten vorangestellt, sind auf 98 Seiten zusammengefaßt. Beschäftigt man sich eingehend mit dem Gesamtgutachten und der "kurzen" Zusammenfassung, dann ist eine bedauerliche Kluft unübersehbar. Der Öffentlichkeit aber wurde Mitte März von Prof. Ludz nur der Teil "Ergebnisse und Empfehlungen" übergeben.

So war es kaum verwunderlich, daß man in der Presse Überschriften lesen mußte wie "DDR-Forschung mit unentschuldbaren Lücken und niedrigem Niveau" oder "Gutachten warnt vor ideologischen Sickerinflüssen". In der Berichterstattung dominierten Mängelrügen wie die Behauptung, es fehle an einem staatlichen Konzept der Forschungsförderung, das Ministerium verfüge über kein Gutachtergremium für die einzelnen Projekte, man sei den genannten Sickerinflüssen nicht begegnet, die Informationsarbeit im Ausland sei ungenügend, es gebe eine mangelhafte Kommunikation innerhalb der Wissenschaft, und in der DDR-Forschung herrsche Fachegoismus, Isoliertheit, Konkurrenzdenken sowie eine besorgniserregende methodische Rückständigkeit.

Dies alles stimmt so und meist überhaupt nicht mit dem Inhalt des eigentlichen Gutachtens überein. Solche Pauschalurteile sind vielmehr leider auf die von Ludz frei formulierten Meinungen in den "Ergebnissen und Empfehlungen" zurückzuführen, die durch das Gutachten selbst nicht gedeckt sind, sondern diesem einfach übergestülpt worden sind.

Die politisch Verantwortlichen haben der vergleichenden Deutschland-Forschung sehr wohl Impulse gegeben. So hat der damalige Minister Wehner 1968 die Zielrichtung der Forschungsförderung neu bestimmt und ein entsprechendes Referat in Berlin errichtet. So wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, insbesondere in den Bereichen Recht, Bildungswesen, Jugendforschung, Außenpolitik und Wissenschaftsentwicklung in der DDR erkannte Lücken zu schließen. Schließlich kam es später zur Errichtung des Arbeitskreises Ludz, der somit seine Existenz gerade diesen politischen Impulsen verdankt.

In seiner Regierungserklärung von 1969 und in seinem ersten Bericht zur Lage der Nation 1970 hat Bundeskanzler Brandt einen "Nachholbedarf für fundierte Vergleiche zwischen den beiden Teilen Deutschlands" festgestellt und die Durchführung solcher wissenschaftlichen Vergleiche angekündigt. Die "Materialien", die den Berichten zur Lage der Nation 1971, 1972 und 1974 beigegeben wurden, haben diese Ankündigung eingelöst und gezeigt, welche Anstöße von der Politik ausgegangen sind.

Das also waren die Taten der "bösen Administration", denen gegenüber das Gutachten leider keine konkreten Perspektiven für die künftige DDR- und vergleichende Deutschland-Forschung und für die künftige Förderung dieser Forschung aufgezeigt hat. Diese Feststellung bedeutet keine Herabsetzung der wissenschaftlichen Leistung, die

das Gutachten etwa mit seiner einmaligen Bibliographie der gesamten einschlägigen Forschung seit 1955 erbracht hat. Hervorragend sind auch die Ausführungen zu den angewandten Methoden. Als hilfreich dürfen ferner die Hinweise auf gewisse Forschungslücken und die entsprechenden Empfehlungen verstanden werden.

Zu einigen Punkten der Kritik jedoch seien noch kurze Anmerkungen angefügt. So ist ein ständiges Gutachtergremium bei der Vergabe der Förderungsmittel keinesfalls als Optimum zu betrachten, vielmehr hat man sich von den bisherigen "wechselnden Voten", also den Voten jeweils besonders sachkundiger Wissenschaftler, im Interesse der Wissenschaft mehr zu versprechen.

Die Gefahr von Sockereinflüssen wird zweifellos gewaltig überschätzt. Der Einfluß marxistischer Ideologie im Ost-West-Verhältnis hat mit der DDR-Forschung wenig zu tun. Hier handelt es sich mehr um ein gesellschaftspolitisches und weniger um ein wissenschaftstheoretisches Problem.

Unhaltbar ist auch die Behauptung, die Informationsarbeit im Ausland sei ungenügend. Im Gegenteil, die Bundesregierung ist hier äußerst aktiv. Die "Materialien" sind - neben periodischen Publikationen - in zahlreiche Sprachen übersetzt worden. Übersehen wurde durch die Gutachter der Bericht des Bundespresseamtes über die Öffentlichkeitsarbeit im Ausland wohl ebenso wie die vierbändige Darstellung der Kulturpolitik der beiden deutschen Staaten durch die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Schließlich ist der Vorwurf mangelhafter Kommunikation angesichts der Tatsache nicht aufrechtzuerhalten, daß es laufend zahlreiche Tagungen und Symposien gibt. Auch leisten das "Deutschland-Archiv" und das Forschungsförderungsreferat des Ministeriums Mittlerdienste. Und was das Pauschalurteil über die DDR-Forscher selbst anlangt, so findet sich dafür im Gutachten nicht die geringste Grundlage. Einer der solchermaßen diffamierten Wissenschaftler, Prof. Thalheim, hat mir Recht von "kühnen Formulierungen" gesprochen. Und er meinte, die "Ergebnisse und Empfehlungen" hätten der DDR-Forschung keinen Dienst erwiesen. Das ist ein hartes, aber leider nicht ganz unbegründetes Urteil.

(-/11.7.1978/vo-he/lo)

Hessen-Wahl hat bundespolitische Bedeutung

Dregger spielt das Thema Bundesrats-Blockade bewußt herunter

Von Karl Schneider MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im hessischen Landtag und
Mitglied des SPD-Landesvorstandes

Die Hessen-Wahl am 8. Oktober ist nicht nur entscheidend für die Zukunft unserer Landespolitik; sie hat zugleich eine wichtige bundespolitische Bedeutung:

- Im Herbst 1976 hat die Mehrheit der Bundesbürger, besonders auch in Hessen, einer Bundesregierung von rechts eine Absage erteilt. Dieses Wählervotum darf jetzt nicht durch die Hintertür über den Bundesrat verfälscht oder gar umgedreht werden.
- CDU und CSU wollen mit Hilfe des Bundesrates eine totale Blockade jeglicher konstruktiver Politik in Bonn herbeiführen. Die Hessen-Stimmen sollen dazu ein Instrument werden. Dies muß verhindert werden. Denn gerade jetzt braucht die sozialliberale Bundesregierung die nötige Unterstützung angesichts großer innerer und äußerer Herausforderungen. Wir Hessen müssen Helmut Schmidt den Rücken freihalten, damit er erfolgreich die Probleme der Bundespolitik angehen kann.

Alfred Dregger spielt die Bedeutung des Bundesrates bewußt herunter. Er behauptet, der Bundesrat könne die Arbeit der Bundesregierung nicht blockieren. Wer das behauptet, sagt die Unwahrheit. Eine Machtübernahme Dreggers bedeutet die Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat. Ein Einspruch des Bundesrates müßte dann mit Zweidrittel-Mehrheit des Bundestages überstimmt werden, das heißt auf jeden Fall mit den Stimmen der Opposition. Fazit: Kein Gesetz läuft dann mehr ohne die Opposition. Die demokratisch gewählte Bundesregierung wäre dann in der Gesetzgebung lahmgelegt.

Wie unaufrichtig Dreggers Schallmeienklänge sind, bezeugen am besten Helmut Kohl, der wieder einmal die Stunde sieht, in diesem Lande vom Kandidaten zum Kanzler aufzusteigen, und Friedrich Zimmermann sowie sein Kollege Walter Althammer von der CSU, die sich schon ausmalen, in welche Bedrängnis die Bundesregierung kommen könnte, wenn die CDU/CSU-regierten Bundesländer durch einen für die Union günstigen Wahlausgang in Hessen die Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat erreichen würden.

Auch deshalb macht das Thema Zweidrittel-Mehrheit der CDU/CSU im Bundesrat Alfred Dregger Beschwerden. Vor allem aber, weil er weiß, daß in Hessen eine breite Mehrheit der Bevölkerung die erfolgreiche Friedens- und Wirtschaftspolitik des in der Welt anerkannten Staatsmannes Helmut Schmidt der Obstruktionspolitik der CDU/CSU-Strategiekommission vorzieht, die nur auf den Tag wartet, an dem sie über die Länderkammer alle Gesetzesvorhaben der Bundestagsmehrheit buchstäblich kaputtmachen kann.

In den kommenden Wochen werden auch Kohl, Zimmermann und Althammer alles daran setzen, ihre wahren Gelüste nicht erkennbar werden zu lassen. Um Verwirrung zu stiften, werden sie sich ein "liberales" Mäntelchen umhängen. Politischer Opportunismus und Tagestaktik werden bestimmend sein, klare Positionen und inhaltliche Alternativen werden fehlen.

Es geht in diesen Wochen darum, das groß angelegte Täuschungsmanöver von Dregger und seinen Hilfstruppen zu enttarnen. Und es geht darum, daß alle sozialdemokratischen Wähler am 8. Oktober auch tatsächlich zur Wahl gehen. In dieser Lage ist jede Stimme, die nicht an Holger Börner und die Hessen-SPD geht, eine Stimme für Dregger und Strauß gegen die sozialliberale Politik in Bonn. Deshalb brauchen am 8. Oktober, Holger Börner und die SPD jede Stimme! Damit Hessen sozial und frei bleibt!

(-/11.7.1978/vo-he/lo)

EG-Erweiterung mit Nachdruck betreiben

Südstaaten sollen nicht "vor der Tür" bleiben

Von Horst Seefeld MdB

Präsident des Deutsche Rates der Europäischen Bewegung

Die neun Regierungen der Mitgliedstaaten der EG haben in den letzten Jahren bei jeder passenden Gelegenheit erklärt, die Erweiterung der EG um die Staaten Griechenland, Portugal und Spanien sei dann möglich, wenn in diesen Ländern demokratische Verhältnisse eingekehrt seien. Das ist nun seit einiger Zeit der Fall, und die drei beitrtrittswilligen Länder warten auf ihre Zugehörigkeit zur EG.

In den letzten Tagen drängt sich die Vermutung auf, daß zumindest bei einigen Parteien in einigen Mitgliedsländern der Beitritt neuer Staaten nicht mit dem gleichen Enthusiasmus verfolgt wird, wie die jeweiligen nationalen Regierungen dies in der Vergangenheit versicherten. Vor allem in Frankreich, aber auch in Italien werden Stimmen laut, die auf die Nachteile hinweisen, die in diesen Ländern für den Agrarbereich durch eine EG-Mitgliedschaft Spaniens und Portugals entstehen können. Besonders laut tönte der Gaullisten-Führer Chirac.

Griechenland, Portugal und Spanien haben die Voraussetzungen für eine EG-Mitgliedschaft erfüllt. Sie stehen sozusagen wartend vor der Tür. Die EG muß ihre Verantwortung gegenüber den drei Ländern erkennen und mit Nachdruck den endgültigen Beitritt der drei Staaten bewerkstelligen.

Natürlich werden sich Probleme im Agrarbereich ergeben. Dies ist aber nicht neu, sondern war auch zu jenem Zeitpunkt bekannt, als die ersten Ansätze für eine spätere Mitgliedschaft auftauchten. Die Gesamtproblematik mußte spätestens für alle, die politische Verantwortung tragen, zu dem Zeitpunkt erkennbar sein, als die Beitrittsverhandlungen mit den einzelnen Staaten begonnen wurden, also: Als die neun Regierungen die Bereitschaft zur Aufnahme der drei Mittelmeerländer avisierten, mußte klar sein, was auf jedes einzelne EG-Mitgliedsland bei der Erweiterung der Gemeinschaft zukommt.

Im Europäischen Parlament wurde vor kurzem ein Bericht des deutschen SPD-Abgeordneten Hajo Hoffmann erörtert, der im Ausschuß für Regionalpolitik, Raumordnung und Verkehr regionalpolitische Überlegungen über die Perspektiven der Erweiterung der EG anstellte.

In dem in diesem Ausschuß einmütig akzeptierten Bericht wird vorgeschlagen, daß für Portugal "umgehend und großzügig finanzielle Stützungsmaßnahmen durch die Gemeinschaft" erforderlich sind. Damit soll in diesem Land, das sich am Rande eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs befindet, u.a. die Finanzierung regionaler Entwicklungsprogramme erleichtert werden. Mit Recht stellen die Europa-Parlamentarier fest, daß der Ministerrat, also das Gremium der neun EG-Regierungen, den vielfältigen Absichtserklärungen Taten folgen lassen muß. Die EG-Kommission wird aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen und Behörden in den drei Kandidatenländern detaillierte Analysen über die regionalpolitischen Folgen der Erweiterung sowohl für die Kandidatenländer als auch für die bisherigen neun EG-Länder und ganz besonders für die Mittelmeerregionen Frankreichs und Italiens auszuarbeiten.

In einem sogenannten "Südplan" muß sichergestellt werden, daß die Industrieregionen der EG, die in besonderer Weise von der Erweiterung der Gemeinschaft profitieren werden, einen erheblichen finanziellen Beitrag zum Abbau eines Nord-Süd-Konfliktes innerhalb der künftigen Zwölfergemeinschaft zu leisten haben. Aufgabe eines solchen Südplanes, so im Hoffmann-Bericht, muß der Ausbau einer industriellen und sozialen Infrastruktur sein.

Es bleibt zu hoffen, daß unter dem Vorsitz der Bundesregierung im EG-Ministerrat bestehende Differenzen zwischen jetzigen und künftigen EG-Partnern ausgeglichen und - wenn möglich - beseitigt werden. ·

(-/11.7.1978/vo-he/lo)